
Bund fördert Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Das Bundeskabinett hat heute den den „Nationalen Strategierahmen für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“ beschlossen. Mit rund einer Milliarde Euro soll die flächendeckende Verbreitung von Wasserstoff und Erdgas sowie Strom für Elektrofahrzeuge forciert werden.

300 Millionen Euro kommen aus dem Förderprogramm „Ladeinfrastruktur Elektromobilität“. Mit dem Geld sollen bis 2020 rund 5000 Schnell- und 10 000 Normal-Ladestationen errichtet werden. Ziel der Bundesregierung ist die Ausstattung aller bewirtschafteten Autobahnrastanlagen mit Schnell-Ladesäulen. Das Förderprogramm „Elektromobilität vor Ort“ unterstützt darüber hinaus mit 35 Millionen Euro pro Jahr Kommunen, unter anderem bei der Beschaffung von Elektrofahrzeugen und den Aufbau der dafür erforderlichen Ladeinfrastruktur. Mit 247 Millionen Euro aus dem Nationalen Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) sollen in den nächsten zwei Jahren 100 Wasserstofftankstellen geschaffen werden. Mit Stand Juni waren 21 bereits in Betrieb, bis 2023 sollen es insgesamt 400 Stationen sein.

268 Millionen Euro aus der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung sind dann noch unter anderem für den Ausbau des Erdgas-Tankstellennetzes vorgesehen, deren Zahl schon jetzt bei 900 Stück liegt. Bis 2025 sollen auch LNG-Tankstellen (verflüssigtes Erdgas) für den schweren Straßengüterverkehr entstehen. Unterstützt wird auch die Anschaffung von mit LNG betriebenen Lastwagen. Die Versorgung von Schiffen mit verflüssigtem Erdgas ist durch „Truck-to-Ship“-Bebunkerung laut Bund bereits sichergestellt. Der weitere Ausbau soll der Nachfrage entsprechend erfolgen. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Mit rund 850 Zapfsäulen hat Deutschland das dichteste Erdgastankstellennetz in Europa.

Foto: Auto-Medienportal.Net/SWM/interPress